

## Politische Rundschau.

Der russisch-japanische Krieg.

\* Ein weiteres Vordringen der Japaner kündigt eine Petersburger Mitteilung der "Central News" an. Das Londoner Blatt verzeichnet das Gericht, daß die Japaner 24 engl. Meilen vom Schanplatz des Kampfes am Sonntag auf Hongkongshöhe vorgebrachten seien, wo eine starke russische Truppenmacht liegt, um den Japanern den Weg nach Macau zu verperlen. Nur eine kurze Entfernung trennt noch die beiderseitigen Streitkräfte.

\* Auf einem neuen Angriff gegen Port Arthur bereitet eine russisch-schlüssige Meldung aus Port Arthur vom Mittwochabend vor. Datin heißt es: Der Feind freut sich am Horizont; ein neuer Überfall ist möglich.

\* Was die Russen seit langem befürchtet haben und nicht nur genug waren abzuwenden, ist nun geschehen: die Japaner haben am Freitag begonnen, ihre Truppen auf der Halbinsel Liaotung, im Süden Port Arthurs zu landen und diese Festung, deren Besiegung sie schon so gut wie versprochen haben, nun auch von der Landseite einzuschließen. Der Großfürst Kyrill und Alexej haben sich also rechtzeitig aus dem Staub gemacht.

\* Das japanische Transportschiff mit den ausländischen Militär-Attachés lief, wie aus Oslo nach London berichtet worden ist, bei Schimonofuji auf einen Felsen auf und wurde wrack. Die Attachés wurden auf einen andern Dampfer gebracht.

\* Den Kampf am Jalu soll General Sassalitsch, der leicht verwundet ist, wie dem Berl. Tagebl. aus Petersburg mitgeteilt wird, aus eigener Machtbefugnis gegen den ausdrücklichen Befehl Europäpatins geführt haben. General Europäpatin habe sich telegraphisch beim Zaren beschwert, daß General Sassalitsch seinen Befehlen nicht nachkommt und auf eigenes Risiko, mit dem Rute des russischen Soldaten rechnend, zu viel wagt. General Kaschialinski soll schwer verwundet sein.

\* Das sibirische Oberkommando hat kürzlich unter Mitwirkung Europäpatins einen langen, äußerst scharf gehaltenen Befehl über unerfreuliche Zustände bei den Truppen-Transporten erlassen. Besonders gerügt wird die schreckliche Verschmutzung der Bahn durch die Mannschaften und den ungewöhnlichen Ton, den die Offiziere gegenüber den Betriebsbehörden anschlagen. Allen Schuldbürgern wird kriegsgerichtliches Vorgehen angedroht.

### Der Herero-Aufstand.

\* Die in Kolonialsachen stets gut unterrichtete Nat.-Bdg. schreibt: Nachdem der Beschuß gefaßt worden ist, daß General von Trotha das Oberkommando über unerfreuliche Zustände bei den Truppen-Transporten erlassen soll, ist erläuterterweise vielfach die künftige Stellung Leutweins erörtert worden. Wir haben bereits hervorgehoben, daß die Gouvernementsbürokratie in den Händen Leutweins bleibt, und stellen gegenüber anderen Besatzen fest, daß Leutwein auch nach Trothas Ankunft, von dem militärischen Oberkommando abgesessen, in voller Besitz des Gouvernementsbürokratie bleibt in der Kunde, daß ein russischer General in der Nähe von Tiflis von armenischen Revolutionären getötet worden sei. Dem gegenüber versichert eine Petersburger Mitteilung, daß es sich hierbei durchaus nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um einen privaten Racheakt handle. Der betreffende General, namens Lissowitsch, der sich seit mehreren Jahren ausschließlich der Bankwirtschaft widmet und sich jeder Beteiligung an politischen Vorgängen enthielt, wurde im Dorfe Achala, unweit von Tiflis, von einem Gußverwalter, den er entlassen hatte, ermordet.

\* Auf den von der Deutschen Kolonialgesellschaft erlassenen Aufruf zur Hilfeleistung für die nothleidenden heutischen Ansiedler in Südwestafrika sind von den Abteilungen und eingestehenden Mitgliedern bei der Hauptstelle der Gesellschaft bisher 178 427 Mark in bar eingegangen. Der Einlauf weiterer Beiträge ist bereits angekündigt, die Sammlungen werden noch rege fortgezeigt.

## Die Milderschen Erben.

201 Roman von R. Brandrup.

(Fortsetzung.)

Hanny schenkte den Kaffee ein, den das Stubennädchen inzwischen gebracht hatte, und die Kinder versagten sich zu ihren gewohnten Plätzen.

Mänschenstill ist sich dann das kleine Trio glücklich, und keiner der Jungen warf ein Wort in die Unterhaltung der Erwachsenen, obgleich dieselbe ausschließlich die Überleitung der beiden lieben Gäste nach Polen behandelte, die den oberstersteirischen "Miniaturausgaben" durchaus nicht reut wort - um Ados willen, die sie wie eine Schwester liebten und nur zu gern in Barnows behalten hätten.

"Es ist mir ein Trost," sagte Frau Braun im Laufe des Gesprächs, "daß mein guter Mann Ihnen die kleine Wohnung im Hause seiner Schwester besorgen will. Sie ist nicht allein das beste Geschäft von der Welt, sondern besitzt auch einen klaren Blick für die Verhältnisse des realen Lebens. Sie wird Ihnen eine willkommene Stütze sein, Frau von Hagel. Ebenso gewiß hilft sie Ihnen auch, Ihr fünfzigstes Heim so gemütlich als möglich auszustatten. Es ist ja freilich wenig, was Ihnen die Gläubiger Ihres Mannes an Möbeln und Hausrat gelassen haben. Aber Ihr Stube, Kammer und Küche, denn mehr kann Ihnen meine Schwester nicht bieten, reicht es, wenn man so praktisch ist wie Maria und Sie selbst, Berichtete."

"Und der dicke Braun dazu," fuhr der Oberstier fort. "Denn, daß du es schon heute

### Deutschland.

\* Das Kaiserpaar ist am 7. d. in Donaueschingen zum Besuch des Fürsten Egon von Fürstenberg eingetroffen. Am Mittwoch geht das kaiserliche Paar nach Straßburg.

\* Dem Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgesetzes hat der Bundesrat am Donnerstag zugestimmt.

\* Im Bundesrat soll die Neigung, den im Reichstage wegen der Militärpensionsgesetze zum Ausbruch gebrachten Wünschen entgegenzutun, eine nicht unerhebliche Abschwächung erfahren haben, seitdem der Reichstag wegen der Materialarbeitstage eine Stellung eingenommen hat, die in verschiedenen Einzelstatuten peinlich empfunden wird. Ob nichtsdestoweniger ein Beschluss im Bundesrat herbeigeführt wird, der die Verabschiedung der Militärpensionsgesetzreform noch in absehbarer Zeit möglich erscheinen läßt, wird abgewartet werden müssen.

\* Der in den letzten Tagen im Ruhrgebiet begründete Losalerverband gegen die Stilllegung der Zeichen und etwaiger Überreste des Großhospitals beruft wiederum mehrere Versammlungen ein, worin auch die Frage erwogen wird, ob durch einen Massenbeschluß nicht der Regierung nahegelegt werden soll, durch die Erhebung einer Bergwerkssteuer der Stilllegung von weiteren Zeichen einen Siegel vorschieben, da eine Verstaatlichung in vielen Fällen nicht mehr eintreten könnte, weil die Zeichen bereits den Betrieb eingestellt hätten.

### England.

\* Die Regierung beschloß am 1. d. eine Resolution, die Annahme der Resolution als eine Handlung von schwerwiegender Bedeutung. Erstere beschließt die Resolution im Plenum nicht anzunehmen.

Abg. v. Normann (cons.) bezeichnet die von der Resolution als eine schwere Gefährdung der Straßen als eine schwere Gefährdung der Disziplin, der seine Partei nie zustimmen werde.

Abg. Hagemann (nat.-lib.) betont, es liege seiner Partei fern, die Disziplin untergraben zu wollen, aber die Mindestsätze seien zu hoch, sie müßten herabgesetzt werden.

Abg. Müller-Wiemingen (sc. lib.) bedauert es, daß die ursprüngliche Resolution so sehr abgeändert sei. Sie genügt seiner Partei nicht. Es sei auch eine Revision des Verkehrsdrechtes notwendig.

Abg. Singer (soc.) weist auf den Fall Hüttens hin, der das Abhängigkeitsprinzip der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck bringt.

Abg. Dabach (br.) hebt hervor, daß die Wirtschaftshandlungen Unterordner im Heere auf alle Weise bestimmt werden müßten.

Abg. v. Raddorf (freit.) kann angefangen die Erfahrungen der Regierungen der Resolution nicht zustimmen, da er es nicht verantworten kann, die Militärverwaltung auf einen Weg zu drängen, den sie selbst für bedenklich hält.

Bavarian Generalleutnant v. Endres: Gegenüber der Bemerkung des Abg. Dabach, daß der Reichstag sich zum Anwalt der Soldaten aufwerten mösse, erkläre ich namens des bayerischen Offizierkorps, daß der einzige Anwalt des Soldaten der Offizier ist. Diese Aussage wird der Offizierstand auch stets erfüllen, trotz der schlimmsten Verleumdungen und Beschimpfungen hier im Hause.

Präsident Graf Ballenfeld: Diese Äußerung widerspricht der Geduld des Hauses.

Generalleutnant v. Endres (fortschr.): Der Offizierstand wird sich keine Aufgabe, Anwalt der Soldaten zu sein, nicht aus der Hand nehmen lassen.

Es hat nicht leicht eine Zeit gegeben, wo die Disziplin in der deutschen Armee so geliebt war wie heute; denn es ist ja erklärlich, daß die politischen Kreise der hiesigen Bürgerschaft feindlich gesonnen sind.

Abg. Singer (soc.): Diese letztere Äußerung des Bundesratsabgeordneten lasse event. darauf schließen, daß jeder andre Anwalt als der Offizier ein unnatürlicher Anwalt sei. Aber es ist natürlich, daß die Anwälte treten, auf Freisprechung der Angeklagten plädieren, während dessen Verteidiger, ein Offizier, Bestrafung beantragte. Gegenüber der Erklärung des Generals v. Endres, daß politische Parteien der Disziplin schädlich geworden seien, konstatiere ich, daß von militärischen Autoritäten die Sozialdemokraten als nützliche Soldaten bezeichnet werden sind.

Nach weiterer Debatte wird die Resolution der Kommission gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition betr. Erhöhung des Aufgehalts der vor dem 1. April in den Außenhandel verlegten Beamten, Offiziere usw. wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Bei der Debatte um Erteilung der Erlaubnis zur Einfahrt und zum Verkauf von Schiffen beantragt die Kommission Überweisung als Material. Gemäß dem Antrage der Kommission wird beschlossen.

Die Petition betr. die Deckung der Kosten bei etwaiger Einrichtung einer Versicherung gegen Arbeits-

walt für die Dauer eines Jahres verliehen. Der General-Batiment ist zum stellvertretenden Präfekten ernannt worden.

## Hus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete am Donnerstag die zweite Leitung des Gesetzes über die Entschädigung unzulässig Verbotener. In der Debatte erklärten die Abg. Storz (südd. lib.) und Bargmann (sc. lib.) daß ihre Vortreter im Falle der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags zum § 1 ebenfalls für den Kommissionsvorstoß stimmen würden. Dieser gelangte dann auch noch weiter, nicht wesentlicher Debatte zur Annahme. Die folgenden Paragraphen wurden unter Ablehnung aller Anträge ebenso nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, so insbesondere der § 3, der die Entschädigung auf Betriebsabschluß beschränkt, gegenüber einem freiwilligen Antrag, der darüber hinaus billige Entschädigung" gewährt. Ein Vorschlag, dem der Staatssekretär Rieckberg die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht glaubte in Aussicht stellen zu können.

Am 6. d. steht auf der Tagesordnung die Resolution Gräber, das die Mindestsätze bei den Verstaatlichungen militärischer Unternehmungen bestätigen will. Die Kommission verlangt einen Gesetzentwurf, der die Mindeststrafe des Militärstrafgesetzbuchs in § 27 Abzug 1 erhöht.

Staatssekretär im Reichsmarineamt v. Tippels

bezeichnet die Annahme der Resolution als eine Handlung von schwerwiegender Bedeutung. Erstere beschließt, die Resolution im Plenum nicht anzunehmen.

Abg. v. Normann (cons.) bezeichnet die von der Resolution als eine schwere Gefährdung der Straßen als eine schwere Gefährdung der Disziplin, der seine Partei nie zustimmen werde.

Abg. Hagemann (nat.-lib.) betont, es liege seiner Partei fern, die Disziplin untergraben zu wollen, aber die Mindestsätze seien zu hoch, sie müßten herabgesetzt werden.

Abg. Müller-Wiemingen (sc. lib.) bedauert es, daß die ursprüngliche Resolution so sehr abgeändert sei. Sie genügt seiner Partei nicht. Es sei auch eine Revision des Verkehrsdrechtes notwendig.

Abg. Singer (soc.) weist auf den Fall Hüttens hin, der das Abhängigkeitsprinzip der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck bringt.

Abg. Dabach (br.) hebt hervor, daß die Wirtschaftshandlungen Unterordner im Heere auf alle Weise bestimmt werden müßten.

Abg. v. Raddorf (freit.) kann angefangen die Erfahrungen der Regierungen der Resolution nicht zustimmen, da er es nicht verantworten kann, die Militärverwaltung auf einen Weg zu drängen, den sie selbst für bedenklich hält.

Bavarian Generalleutnant v. Endres: Gegenüber der Bemerkung des Abg. Dabach, daß der Reichstag sich zum Anwalt der Soldaten aufwerten mösse, erkläre ich namens des bayerischen Offizierkorps, daß der einzige Anwalt des Soldaten der Offizier ist. Diese Aussage wird der Offizierstand auch stets erfüllen, trotz der schlimmsten Verleumdungen und Beschimpfungen hier im Hause.

Präsident Graf Ballenfeld: Diese Äußerung widerspricht der Geduld des Hauses.

Generalleutnant v. Endres (fortschr.): Der Offizierstand wird sich keine Aufgabe, Anwalt der Soldaten zu sein, nicht aus der Hand nehmen lassen.

Es hat nicht leicht eine Zeit gegeben, wo die Disziplin in der deutschen Armee so geliebt war wie heute; denn es ist ja erklärlich, daß die politischen Kreise der hiesigen Bürgerschaft feindlich gesonnen sind.

Abg. Singer (soc.): Diese letztere Äußerung des Bundesratsabgeordneten lasse event. darauf schließen, daß jeder andre Anwalt als der Offizier ein unnatürlicher Anwalt sei. Aber es ist natürlich, daß die Anwälte treten, auf Freisprechung der Angeklagten plädieren, während dessen Verteidiger, ein Offizier, Bestrafung beantragte. Gegenüber der Erklärung des Generals v. Endres, daß politische Parteien der Disziplin schädlich geworden seien, konstatiere ich, daß von militärischen Autoritäten die Sozialdemokraten als nützliche Soldaten bezeichnet werden sind.

Nach weiterer Debatte wird die Resolution der Kommission gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition betr. Erhöhung des Aufgehalts der vor dem 1. April in den Außenhandel verlegten Beamten, Offiziere usw. wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Bei der Debatte um Erteilung der Erlaubnis zur Einfahrt und zum Verkauf von Schiffen beantragt die Kommission Überweisung als Material. Gemäß dem Antrage der Kommission wird beschlossen.

Die Petition betr. die Deckung der Kosten bei etwaiger Einrichtung einer Versicherung gegen Arbeits-

losigkeit wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Eine Petition des Bundes deutscher Stellmacher und Wagner-Innungen zu Berlin bittet, daß durch Schaffung präzisierter Anhaltspunkte der § 100, Abs. 1 der Gewerbeordnung eine klare, umfassende Auslegung erfolgt. Besonders sei eine feste Umdeutung des Begriffs "Handwerk" und "Fabrik" notwendig.

Abg. Pacholski (sc. lib.) weist auf die Überstände hin, die sich daraus ergeben hätten, daß gewisse Betriebe von den Handwerkskammern als Handwerksbetriebe und von den Handelskammern als kaufmännische Betriebe zu Betrieben herangezogen, also doppelt besteuert würden.

Gehöriger Spielraum: Es ist im Reichstag des Innern eine umfangreiche Diskussion ausgetragen worden, wie der Doppelbesteuerung gewisser Betriebe entgegengestellt werden kann. Da gegenwärtig noch Verhandlungen über die Definition zwischen den beteiligten Kammern schweben, vermag ich über den Stand der Verhandlungen keine Auskunft zu geben.

Die Petition wird dem Antrage der Kommission gemäß dem Reichskanzler zur Erwidigung überwiesen.

Eine Petition von Malern, Lackierern usw. betreffend Erteilung eines Vertrages der Werbung um Bleistaben beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Erwidigung zu übermitteln.

Gehöriger Spielraum: Es ist dem Bundesrat in nächster Zeit eine Vorlage zur Bekämpfung der Gewerbeordnung (Kostionsrecht) und Erlass einer Resolution, die die Gewerbeordnung der Kammern eine Reaktion auf die eingetragenen Verträge.

Die Petition wird gemäß dem Antrage der Kommission zur Erwidigung überwiesen und die Resolution angenommen.

Die Petition betr. Neuregelung des Arbeitseinsatzes wird dem Reichskanzler zur Erwidigung überwiesen.

Es folgen die Petitionen betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Kostionsrecht) und Erlass einer Resolution über die eingetragenen Verträge.

Die erste Petition wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, während die zweite Petition dem Antrage Pacholski gemäß dem Reichskanzler zur Verabschiedung überwiesen wird.

Darauf verzögert sich das Haus.

### Deutscher Landtag.

Das Abgeordnetenhaus legt am Donnerstag die erste Beratung der Kanalvorlage fort. In der Haupträte kamen die Vertreter besonderer Interessen zum Standpunkt und besondere Interessen zum Wort. So auch der Zusammensetzung zu dem Kanal Elsaß-Hannover Engelbrecht (freit.) befürwortete die sog. Altköniglinie zwischen Elsaß und Elbe, Neuer Dienstlinie (nat.-lib.) vertrat die Interessen der Weseranlieger, Abg. Wallbrecht (nat.-lib.) die der Stadt und Provinz Hannover. Eine erhebliche Spalte in dem Abgeordnetenhaus der unter vielseitigen Auseinandersetzungen der Heiterkeit seine sozialpolitischen Stärken verdeckte, Ausdehnung des Altköniglinie und Ausdehnung des Neuen Dienstes, vorliegende Vorlage der wasserwirtschaftlichen Kommission überwiesen. Der Rechtsfrage stand grundsätzlich ein Widerstand vor dem Abg. Brügel (sc. lib.), weil Sozialdemokraten von den Wohlständen des Dreimillionen-Körpers ausgeschlossen seien, wobei Sozialdemokraten unter den Wohlständen des Körpers allen Mitgliedern der Verbände der Eisenbahnervereine sich nicht befinden, also die Wohlständen des Körpers allen Mitgliedern der Verbände der Eisenbahnervereine sich nicht befinden, ohne Unterschied der politischen Gesinnung und der Partei zu teilnehmen. Der Rechtsfrage wurde der Budget-Kommission überwiesen.

In der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses zunächst die Generaldebatte über die Wasserstraßen-Vorlage zu Ende. Nachdem noch eine Reihe von Rednern die Bedürfnisse Hannovers, des Altköniglinie und Schlesiens erläutert hatten, wurde die Vorlage der wasserwirtschaftlichen Kommission überwiesen.

Der Rechtsfrage stand grundsätzlich ein Widerstand vor dem Abg. Brügel (sc. lib.), weil Sozialdemokraten von den Wohlständen des Dreimillionen-Körpers ausgeschlossen seien, wobei Sozialdemokraten unter den Mitgliedern der Verbände der Eisenbahnervereine sich nicht befinden, also die Wohlständen des Körpers allen Mitgliedern der Verbände der Eisenbahnervereine sich nicht befinden, ohne Unterschied der politischen Gesinnung und der Partei zu teilnehmen. Der Rechtsfrage wurde der Budget-K